




MEDIENSPIEGEL

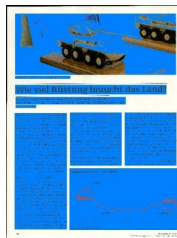
13.04.2018

Schweizerische Offiziersgesellschaft
Generalsekretariat SOG
Kapellenstrasse 14
Postfach
3001 Bern

Lieferschein-Nr.: 10764100
Auftrag: 3007490
Themen-Nr.: 330.3

Ausschnitte: 3
Folgeseiten: 3
Total Seitenzahl: 6

| | | | |
|---|------------|---|----|
|  | 12.04.2018 | Die Weltwoche Wie viel Rüstung braucht das Land? | 01 |
|  | 11.04.2018 | Südostschweiz / Ausgabe Glarus Militärische Ehrengäste | 05 |
|  | 10.04.2018 | Volksstimme Von Engagement und Extremsport | 06 |



Die Weltwoche
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 52'543
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 36
Fläche: 129'710 mm²

Auftrag: 3007490
Themen-Nr.: 330.003

Referenz: 69216220
Ausschnitt Seite: 1/4



Kecke Forderungen: Mowag-Radpanzer.

Wie viel Rüstung braucht das Land?

Schweizer Waffenschmieden wollen Exportschranken lockern und mehr Unterstützung auf dem heimischen Markt. Das Geschäft harzt.

Von René Zeller

Braucht die Schweiz eine eigene Rüstungs-basis? Unbedingt, fordert der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (Asuw). «Die inländische Wehrtechnikindustrie verhindert, dass unsere Armee im Krisenfall komplett von ausländischen Zulieferern abhängig ist.» Das schreibt die Lobbyorganisation der Wehrindustrie, der über vierzig National- und Ständeräte, ehemalige Rüstungschefs und weitere namhafte Vertreter der Armee angehören, in einer Medienmitteilung vom Februar. Die Interessengruppe reagierte damals auf die im Vorjahr realisierten Kriegsmaterialexporte. Mit einem Saldo von 447 Millionen Franken war zwar ein leichter Anstieg erzielt worden. Aber die Exporte hätten sich, so der Asuw, auf tiefem Niveau eingependelt. Das bedeute für die Branche eine «existenzielle Bedrohung».

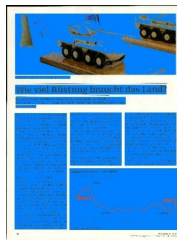
Notorische Attacken von links

Gar so alarmierend ist die Situation nicht. 1987, als sich das Ende des Kalten Kriegs abzeichnete, betrug der Anteil der Kriegsmaterialexporte

am Gesamtausfuhrvolumen der Schweiz 0,86 Prozent. In den Folgejahren sanken die Zahlen laut Staatssekretariat für Wirtschaft rapide. 1995 betrug der Anteil der Rüstungsexporte noch 0,15 Prozent. Dieses Niveau hat die Schweiz, nach vorübergehenden Anstiegen, 2017 exakt wieder erreicht (vgl. Grafik).

Richtig ist das Lamento der Branche aber insofern, als sie von der Linken notorisch attackiert wird. Der Kriegsmaterialexport-Markt ist straff reguliert. Das ist ein gefundenes Fressen für Armeegegner. Aus deren Sicht sind hier nicht Arbeitsplätze oder Wertschöpfung oder gar die Bedürfnisse der eigenen Armee relevant. Wer Rüstungsgüter exportiert, schadet dem Frieden, lautet das Mantra. Also gehört dieser Wirtschaftszweig abgesägt.

1997 unterlag die SP mit ihrer Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Obschon über 77 Prozent der Stimmberechtigten nein gesagt hatten, doppelte 2007 ein rot-grün-pazifistisches Bündnis mit



einem gleichlautenden Volksbegehren nach. Das Resultat war erneut sehr klar (68,2 Prozent Nein).

Jetzt versuchen die Armeegegner, der Rüstungsindustrie mit einem neuen Dreh auf die Pelle zu rücken. Die von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) konzipierte Kriegsgeschäfte-Initiative will die Schweizerische Nationalbank und Pensionskassen daran hindern, ihr Geld in Rüstungskonzernen anzulegen und so indirekt den Export von Kriegsmaterial zu unterstützen. Wiederum hat sich ein buntscheckiges Bündnis formiert. Zuvor galoppieren neben der GSoA die Grünen und Jungen Grünen, Sozialdemokraten und Jungsozialisten. Die Alternative Linke tragt mit, ebenso die Demokratischen Juristen Schweiz, der Freistaat unteres Kleinbasel und die Gesellschaft Schweiz Palästina. Jean Ziegler, Josef Lang sowieso.

Die Volksinitiative werde weitreichende Konsequenzen haben, prognostizieren die Befürworter. Gemäss ihren Berechnungen legen die Pensionskassen zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in Rüstungskonzernen an. Die Nationalbank habe 2016 über 800 Millionen Franken allein in Atomwaffenproduzenten investiert. Das erfordere zwingend ein Mitspracherecht beim Volksvermögen. Nicht zuletzt stärke die Initiative die Neutralität.

Seilziehen im vollen Gang

Während noch Unterschriften für die dritte Anti-Kriegsmaterialexport-Initiative innert zweier Jahrzehnte gesammelt werden, ist man auch auf der Gegenseite nicht untätig. Die Schweizerische Gesellschaft für Technik und Armee (STA) nimmt als ausserparlamentarische Kommission des Bundes seit über sechzig Jahren die Aufgabe wahr, als Bindeglied zwischen Armee, Beschaffungsinstanzen, Industrie und Wissenschaft die wehrtechnischen Kernfähigkeiten in der Schweiz zu erhalten. Fritz Gantert, Präsident der STA, forderte an der Herbsttagung 2017 einmal mehr, dass das wirtschaftliche Überleben der Branche «eine

Exportpraxis nach europäischem Rechtsstandard» erfordere.

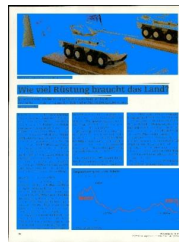
Genau hier setzt die Vorwärtsverteidigung der STA an. Hiesige Rüstungsfirmen wollen Waffen auch in Länder liefern können, in denen ein «interner Konflikt» herrscht. Gemäss Recherchen des *Tages-Anzeigers* wurden Branchenvertreter im November letzten Jahres von der Sicherheitskommission des Ständerats zu einem Hearing eingeladen, darunter die bundeseigene Ruag, die Mowag, Rheinmetall und Thales. Die Rüstungsvertreter kritisierten die verschärfte Bewilligungspraxis des Bundesrats, die zu einem Einbruch der Rüstungsexporte seit 2011 geführt habe. Die Schweiz habe viel restriktivere Bestimmungen als die EU. Ungleich lange Spiesse seien inakzeptabel.

Das Seilziehen um die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung ist im vollen Gang. Im Parlament hat der grüne Fraktionschef Balthasar Glättli dem Bundesrat einen Katalog von Neutralitäts- und völkerrechtlichen Bedenken unterbreitet. Nichtregierungsorganisationen warnen vor einem «absoluten Tabubruch mit der humanitären Tradition der Schweiz». Den konträren Standpunkt vertritt der freisinnige Urner Ständerat Josef Dittli: «Rüstungsexporte sind völkerrechtlich, ethisch und demokratisch legitimiert.» Das Volkswirtschaftsdepartement plant, das Geschäft vor der Sommerpause dem Bundesrat vorzulegen.

Nach der zäh erkämpften Neuorganisation der Armee rückt der Streit für und wider Rüstungsexporte wuchtig in den Fokus. Zuoberst auf der Agenda steht der Kauf neuer Kampffjets mitsamt Boden-Luft-Verteidigung. Das Projekt «Air 2030» sieht maximal 8 Milliarden Franken für die angepeilten Beschaffungen vor. Das Volk soll das letzte Wort zum Grundsatzentscheid Luftwaffe, nicht aber zur Typenwahl beanspruchen können.

«Mittel reichen nicht»

Der Entscheid von Verteidigungsminister Parmelin, den Ball in finanzieller Hinsicht vorerst



Die Weltwoche
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 52'543
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 36
Fläche: 129'710 mm²

Auftrag: 3007490
Themen-Nr.: 330.003

Referenz: 69216220
Ausschnitt Seite: 3/4

flach zu halten, ist klug. Doch man täusche sich nicht. Der Einkaufszettel der Armeepaner ist prall gefüllt. Bis 2032 sind alleschweren terrestrischen Waffensysteme – Panzer,

Die Milizverbände wollen nicht länger zusehen, wie die Politik die Armee als Steinbruch missbraucht.

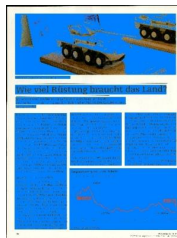
Artillerie, Schützenpanzer – sowie Aufklärungssysteme, Funkmittel und Schutzmaterial für die Truppe zu ersetzen. Der Chef der Armee, Korpskommandant Philippe Rebord, rechnet vor: «Insgesamt sind von 2023 bis 2032 Investitionen mit Rüstungsprogrammen von insgesamt bis zu 15 oder 16 Milliarden Franken nötig. Die Armee selber kann aus ihrem heutigen Budget von rund 5 Milliarden Franken pro Jahr jeweils 1 Milliarde Franken für Rüstungsprogramme einsetzen.» Weil somit die verfügbaren Mittel nicht ausreichen werden, sieht der Planungsbeschluss zu «Air 2030» vor, dass dem Armeebudget ab 2021 eine Wachstumsrate von

1,4 Prozent pro Jahr eingeräumt wird.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) gibt sich damit nicht zufrieden. «Die vorgesehenen Mittel reichen nicht», prognostiziert SOG-Präsident Stefan Holenstein. In einer Resolution, die von den Delegierten im März verabschiedet worden ist, verlangt die SOG Rüstungsprogramme im Gesamtvolumen von 25 bis 30 Milliarden Franken, um die Armee wieder vollständig ausrüsten zu können und alle Grosssysteme zu ersetzen. Dazu sei die Armee «bis auf weiteres von Sparprogrammen des Bundes auszunehmen».

Das ist eine kecke Forderung. Doch Generalstabsoberst Holenstein betont, dass die Milizverbände nicht länger zusehen wollten, wie die Politik die Armee als Steinbruch missbrauche. Gleiches gelte für die existenziell bedrohte Rüstungsbasis. Die SOG sei entschlossen, sich auch hier stärker einzubringen. Die Rüstungsunternehmen ihrerseits werden beweisen müssen, dass sie auch dann noch für die Sache der Armee eintreten, wenn es nicht in der eigenen Kasse klingelt. ○





Angeschlagene Ruag-Gruppe

Mit knapp zwei Milliarden Franken Jahresumsatz und gut 9000 Mitarbeitern ist der Rüstungs- und Technologiekonzern Ruag das wichtigste Unternehmen der schweizerischen Militärindustrie. Die Eidgenossenschaft ist Alleinaktionärin der Ruag-Gruppe, die einerseits die Schweizer Armee, andererseits andere Armeen und private Märkte beliefert. Das Pflichtenheft setzt das Unternehmen enormen Spannungen aus: Die Ruag soll eine möglichst umfassende Versorgung der Schweizer Armee mit Waffen und Kampfmitteln sicherstellen, ohne dass dies allzu teuer wird. Eigentlich schwebt Bundesverwaltung und Politik eine Art magische Quersubventionierung vor: Der Ruag-Konzern soll an den internationalen Märkten für Rüstungstechnologie, Flugzeugindustrie, Munition oder Raumfahrt so gut schlagen, dass er genug Geld verdient, um zu Hause die Schweizer Armee günstig zu versorgen.

Wer stützt wen?

Dazu müsste die Ruag im Auslandgeschäft und in zivilen Märkten ein derart kräftiger Technologie- und Vermarktungschampion sein, dass sie die Konkurrenten in den Schatten stellt und auf Margen kommt, von denen andere nur träumen. Ereignisse aus jüngerer Zeit sowie der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht zeigen ein anderes

Bild. Neben den 31 Prozent des Umsatzes, die 2017 mit dem Militärdepartement gemacht wurden, entfiel der grosse Rest des Geschäfts auf Verkäufe an ausländische Armeen (13 Prozent) und Zivilkunden (56 Prozent), die eigentlich die Kasse füllen sollten. Aber diese hatten in jüngerer Zeit derart mit Disziplinlosigkeit oder fachlicher Unfähigkeit im Konzern zu kämpfen, dass sich Beobachter allmählich fragen, wer bei der Ruag eigentlich wen subventioniert: Stützt das Geschäft mit Privaten und anderen Militärs die Versorgung der Schweizer Armee oder ist es eventuell sogar umgekehrt?

Jedenfalls ist der Ruf angeschlagen, nachdem von der *Handelszeitung* aufgedeckt worden war, dass ein Vertreter der Ruag zusammen mit Komplizen verdeckte Lieferungen von Waffen nach Russland organisiert hatte. Die Ruag hat Strafanzeige eingereicht und geltend gemacht, dass dies unhaltbar sei. Enttäuschungen gab es aber auch im Geschäft, etwa im Segment Business Aviation, das unter anderem im deutschen Oberpfaffenhofen Flugzeuge wartet oder das zweimotorige Turboprop-Flugzeug Dornier 228 baut. Nach Ruag-Informationen gab es so grosse Qualitätsprobleme in der Liefer- und Produktionskette, dass keines der geplanten Flugzeuge an den Kunden ausgeliefert werden konnte, was die Kosten nach oben trieb und auf den Gewinn drückte. *Beat Gygi*



Militärische Ehrengäste

Die Glarner Offiziersgesellschaft gibt bekannt, wer ihre Ehrengäste an der Landsgemeinde sind.

Die Mitglieder der Glarner Offiziersgesellschaft treffen sich am Landsgemeinde-Samstag, 5. Mai, im Hotel «Glarnerhof» zur 181. Hauptversammlung, die um 16 Uhr beginnt. Gestern haben sie ihre diesjährigen militärischen Landsgemeinde-Ehrengäste bekannt gegeben: Divisionär Hans-Peter Kellerhals, Kommandant der Territorialdivision 4; Divisionär Jean-Marc Halter, zugeleiteter höherer Stabsoffizier des Chefs der Armee, und Brigadier Peter Baumgartner, Kommandant Zentralschule.

Kellerhals wird nach der Versammlung auch ein Referat zum Thema «Von der Territorialregion zur Territorialdivision» halten. Denn die Ostschweizer Territorialregion sei mit der Weiterentwicklung der Armee zur Division samt Infanteriekampftruppen geworden und habe damit auch zusätzliche, neue Aufgaben erhalten.

An der Versammlung wirkt auch der Glarner Militärtrompeterverein mit. Er spielt schon davor, ab 15.30 Uhr, vor dem Hotel «Glarnerhof». (eing)



Von Engagement und Extremsport Liestal | Generalversammlung der Offiziersgesellschaft beider Basel

Seit der Gründung 2003 hat am 23. März bereits die 15. Generalversammlung der noch jungen, aber traditionsreichen Offiziersgesellschaft beider Basel (OGBB) im Hotel Engel in Liestal stattgefunden. Präsident Oberstleutnant Daniel Jurt begrüßte die anwesenden Mitglieder und die hochrangigen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Armee. Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP BL) betonte in ihrer Grussbotschaft ihre Verbundenheit mit der Armee und der OGBB und dankte der Gesellschaft für ihr Engagement.

Im statutarischen Teil betonte Jurt, dass der Zweck der OGBB unter anderem darin bestehe, sich für die Belange der Schweizerischen Sicherheitspolitik einzusetzen, und dass deshalb

die OGBB die Umsetzung der WEA kritisch und genau beobachtet. Es kommen viele Herausforderungen auf die Armee zu, insbesondere im Bereich der Rüstungsvorhaben. Jurt will mit seinem jungen und motivierten Vorstand die Gesellschaft weiterentwickeln. In naher Zukunft will der Vorstand die historische Sperrstelle Angenstein vermehrt für die breite Öffentlichkeit zugänglich machen, den Internetauftritt modernisieren und einen politischen «Think-tank» etablieren. Dass dabei an der Generalversammlung ein positiver Finanzabschluss präsentiert wurde, ist bei den vielen Vorhaben hilfreich und einer der vielen Höhepunkte an diesem Abend.

Im zweiten Teil zog die Schweizer Extremsportlerin Evelyne Binsack das Publikum mit ihrem Referat in ihren Bann. Als erste Schweizerin auf den «drei geografischen Polen» konnte sie aus ihrem Erfahrungsschatz über Risikomanagement und Motivation in Extremsituationen auf dem Mount Everest sowie am Nord- und am Südpol authentisch berichten. Dabei zog sie Parallelen zum Führen in der Armee, gab kurze Geschichten zu gruppenspezifischen Prozessen zum Besten und brachte das Publikum zum Nachdenken, aber auch zum Lachen.

Hauptmann Michael Feller,
Reinach